

Antrag der Fraktion der CDU**Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen**

Junge Menschen wollen sich gesellschaftlich engagieren mit ihrer ganz eigenen Sicht und für ihre ganz spezifischen Interessen. Ihr Engagement in Vereinen, Verbänden, selbstorganisierten Gruppen, in Jugendeinrichtungen oder politischen Parteien ist in einer offenen Gesellschaft ausdrücklich erwünscht, bereichert die Meinungsvielfalt und den Austausch zwischen den Generationen. Insbesondere bei der Gestaltung von Zukunftsthemen sind junge Menschen aufgerufen, sich aktiv in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen. Zu würdigen ist darüber hinaus auch die Möglichkeit, frühzeitig Kenntnisse in Sachen Meinungsbildung wie Meinungsvertretung zu erlangen und Fähigkeiten zur Stärkung des Selbstbewusstseins zu entwickeln. In ihren jeweiligen Vertretungen und Organisationen finden Jugendliche sowohl geschützte Räume als auch Freiräume, in denen sie offen und untereinander kontroverse Diskussionen führen können. Doch nicht immer stimmen die hierzu erforderlichen Rahmenbedingungen, insbesondere nicht in Zeiten einer Pandemie. Die Coronakrise hat auch im Land Bremen dazu geführt, dass physische Treffen von jungen Menschen in ihren gewohnten Kreisen nicht oder nur eingeschränkt unter strengen Hygienevorschriften möglich waren und sind. Noch immer bedarf es zur Einhaltung der gebotenen Abstandsregelungen Treffen im Freien oder Austausche und Veranstaltungen in größeren Räumlichkeiten.

Dies stellt insbesondere Jugendvereine und -verbände sowie politische Jugendorganisationen vor Schwierigkeiten. Räumlichkeiten mit der notwendigen Kapazität können nur gegen hohe Mietzahlungen genutzt werden – finanzielle Mittel, über die gerade diese Vertretungen nicht verfügen. Begegnungen und Veranstaltungen bleiben aus, die aber gerade in Krisenzeiten so wichtig wären. Gerade das aktuelle Geschehen ist für die junge Generation mit neuen Fragen und weiteren Herausforderungen verbunden. Somit müssen in Zeiten der Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen Wege gefunden werden, den interessierten jungen Menschen Freiräume für ihr Agieren zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf,

1. den Jugendvertretungen, Jugendvereinen und politischen Jugendverbänden eigene kostenfreie beziehungsweise kostengünstige Veranstaltungsräume zur Verfügung zu stellen, in denen Treffen und Veranstaltungen in der Zeit der Pandemie auch unter Einhaltung von Hygienevorschriften und Abstandsgeboten durchführbar sind;
2. für von Jugendvertretungen, Jugendvereinen und politischen Jugendverbänden in der Zeit der Pandemie angemietete Räumlichkeiten die Mietkosten nach einheitlichen und transparenten Vorgaben ganz oder teilweise aus dem Bremen-Fonds zu finanzieren.

3. eine Übersicht verfügbarer und nutzbarer Räumlichkeiten für Veranstaltungen mit 50 bis 70 Personen in Zusammenarbeit mit dem Bremer Jugendring als Landesarbeitsgemeinschaft Bremer Jugendverbände e. V. zu erstellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sind bereitzustellen.

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU